

Über das unwürdige Possenspiel rund um den Tod Helmut Kohls

«Ich finde die bisherige Entwicklung unwürdig, für meinen Vater, für Deutschland und für Europa.» Dieser Satz stammt vom Kohl-Sohn Walter, der in den Tagen nach dem Tod seines Übervaters keine Gelegenheit ausließ, öffentlich zu zeigen, was er von dem Gezerre um das Begräbnis im allgemeinen und von der Witwe Maike Kohl-Richter im besonderen hält. Als Walter Kohl Zutritt zu seinem Elternhaus begehrte, wurde er von Polizeibeamten abgewiesen, die ein Hausverbot gegen ihn durchsetzten.

Mit der Entscheidung für ein Begräbnis Helmut Kohls in Speyer wolle man sein „politisches Lebenswerk“ von seiner Mutter Hannelore trennen, behauptet der zornige Sohn und forderte öffentlich, seinen Vater an der Seite seiner Mutter im Familiengrab der Kohls beizusetzen. Und weil das nicht passiert, wird Walter Kohl an der Beisetzung seines Vaters überhaupt nicht teilnehmen. Ein unfassbarer Vorgang.

Und dann der „Staatsakt“, oder wie es jetzt genannt wird „Trauerakt“ am 1. Juli im EU-Parlament in Straßburg. Ist das angemessen? Klar, Helmut Kohl war einer der großen Europäer in der jüngeren Geschichte. Maßgeblich stellte er die Weichen, nicht zuletzt für die Einführung des Euro. Aber Staatsakt? Ein europäischer Staatsakt? Europa ist kein Staat und wird hoffentlich auch nie einer werden. Warum ehrt man einen verdienten, ich sage großen, Bundeskanzler - immerhin der *Kanzler der Einheit* - nicht in seinem Land?

Man muss nicht mit Kohls Politik einverstanden gewesen sein, aber man kann diesem Mann nicht absprechen, dass er ein deutscher Patriot war, der seinem Land im wahrsten Sinne des Wortes lange gedient hat. Und der dieses unwürdige Possenspiel um sein Begräbnis und sein Andenken wahrlich nicht verdient hat.

Die Männer haben sich „aufrecht entschuldigt“... na und?

Es lief die zweite Halbzeit an einem Sonntag im November auf einem Sportplatz in der Nähe von Aachen. In der Bezirksliga standen sich die Mannschaften von Grün-Weiß Welldorf-Güsten und den Sportfreunden Düren gegenüber. Da tauchten wie aus dem nichts 20 muskelbepackte Männer mit Baseballschlägern auf und stürmten das Spielfeld. Sie schlugen auf Spieler ein und als Zuschauer einschreiten wollten, wurden auch sie niedergeknüppelt. Leute, die schon auf dem Boden lagen, wurden getreten, sogar gegen den Kopf.

Als alles vorbei ist, blieben zehn Verletzte mit Gehirnprellungen, Knochenbrüchen, die operiert werden

müssen, und weiteren Verletzungen zurück. Sieben der brutalen Angreifer wurden schnell identifiziert, alle haben türkische Wurzeln und wurden heute in Aachen vor dem Landgericht zu Haftstrafen bis zu drei Jahren und drei Monaten vorurteilt. Doch nur drei der Männer müssen ihre Strafe tatsächlich absitzen, weil sie zuvor bereits wegen anderer Straftaten verurteilt worden waren und unter Bewährung standen. Die anderen gehen einfach nach Hause.

Der Angriff sei eine Handlung aus „falsch verstandener Ehre“ gewesen, stellte Vorsitzender Richter Norbert Gatzke fest. Ein Freund der Schläger sei einige Tage zuvor mit zwei Libanesen in Streit geraten und hatte dabei verloren. Und so machten sich eine insgesamt rund 60 Kopf starke türkischstämmige Gruppe auf die Jagd nach den Beiden. Fündig wurden sie schließlich auf dem Sportplatz - mit den beschriebenen Folgen.

Die Angeklagten hätten sich aufrichtig entschuldigt, Verantwortung für ihre Tat übernommen und sich dem Verfahren gestellt, sagt Richter Gatzke auch noch. Die Männer hätten eine Chance auf Resozialisierung verdient.

Warum eigentlich? So möchte man den Richter fragen, der sicher für sich in Anspruch nimmt, ein honoriger Mann zu sein. Jeder hat doch eine zweite oder dritte Chance verdient, oder?

Ich habe kein Verständnis für solche Urteile. Ich habe kein Verständnis für Gerichte, die Gewalttäter mit Samthandschuhen anfassen. Ich habe kein Verständnis für Leute, die anderen mit Holzknüppeln vor den Kopf hauen, um die eigene zweifelhafte „Ehre“ wiederherzustellen. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Die Gewalt hat spürbar zugenommen, und das - vorsichtig ausgedrückt - nicht nur durch „Einheimische“. Jede Woche lesen wir in der Zeitung von „Großfamilien“ in unseren Städten, die sich ihre eigenen „Gesetze“ geben, ganze Straßenzüge beherrschen oder auch terrorisieren. Wenn Sie mittwochs „Aktenzeichen XY..ungelöst“ im ZDF anschauen - großartige Sendung seit Jahrzehnten - bekommt man das Grauen, was hierzulande alles möglich ist. Oft sind die Opfer harmlose ältere Menschen, die auf der Zielgerade ihres Lebens bestenfalls alles Ersparte, manchmal auch ihr Leben einbüßen.

Die wichtigste Aufgabe eines Staates, einer Gesellschaft ist es, seinen Bürgern Sicherheit zu verheißen und zu organisieren. Aufgabe des Staates ist es nicht, Grundschulkindern „Sexuelle Vielfalt“ beizubringen, oder Unisex-Klos aufzustellen, sondern uns vor Kriminellen und KriminellInnen zu schützen. Und wenn welche ermittelt und gefasst werden, diese mit den Mitteln des Rechtsstaates anzuklagen, möglichst zu überführen, zu verurteilen und mit angemessener Härte zu bestrafen. Und darüber, wie unser Rechtsstaat Leute behandeln soll, die aus anderen Ländern und Kulturen nach Deutschland kommen und hier schwerste Straftaten begehen, schreibe ich demnächst mal etwas...

Warum ich das Volksbegehren für G9 unterstützen werde

In Nordrhein-Westfalen läuft derzeit ein Volksbegehren und kaum einer merkt es. Dabei haben schon viele Bürger, mutmaßlich hauptsächlich Eltern, unterschrieben. Es ist das Volksbegehren, mit denen eine Elterninitiative dafür kämpft, dass G8 abgeschafft und G9 wieder eingeführt wird. Wem das auf Anhieb nichts sagt, dem sei hier erklärt: Es geht darum, dass die Gymnasialzeit wieder neun statt jetzt acht Jahre dauern soll.

Wer Kinder auf einem Gymnasium hat, weiß, dass heute deutlich mehr Stress herrscht als früher. Unsere Tochter, die in diesen Tagen ihre Abiturprüfungen absolviert, hatte vergangenes Jahr in jeder Woche drei Tage bis 16 Uhr Unterricht, einen Tag bis 13.20 und einen bis 14.30 Uhr. Dann kam sie nach Hause, Mittagessen und dann Hausaufgaben. Für persönliche Entfaltung, Sportverein oder Klavierunterricht war da wenig Zeit. Und außerdem müssen junge Menschen auch noch Zeit zum „chillen“ haben.

Auf der anderen Seite hat auch G8 seine Vorteile. Unsere gerade genannte Tochter hatte so die Möglichkeit, für ein Jahr auf High School Year in die USA zu gehen. Auch das hat sehr zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung beigetragen, ohne dass sie Zeit verloren hätte. Fast alles hat seine Vor- und Nachteile.

In unseren Milieus, wie ich das gern nenne, also dem klassischen Bürgertum, ist neuerdings viel von Volksentscheidungen die Rede. In Zeiten deutscher *Alternativlosigkeit* praktisch bei allen wichtigen Themen sehnen sich viele Bürger nach dem Schweizer Modell, wo das Volk auch mal ohne Regierende zu fragen entscheiden darf, dass man keine neuen Minarette mehr baut und so... Das Volk darf entscheiden - toll, oder?

Ich glaube persönlich nicht daran, das Volksbegehren und Volksentscheide ein Allheilmittel für eine bessere Politik sein würden. So wie ich auch nicht für eine Direktwahl des Bundespräsidenten wäre. Aber das ist ein anderes Thema.

Im Fall G9 werde ich das Volksbegehren unterstützen, weil ich einen größeren Zusammenhang sehe. Wir alle stellen seit Jahren fest, dass dieser Staat, vornehmlich rot-grüne Landesregierungen, drastische Schritte einleiten, um sich die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ zu sichern, wie der SPD-Politiker Olaf Scholz das mal in dankenswerter Deutlichkeit ausgesprochen hat. Ich will nicht, dass Politiker die Lufthoheit über Kinderbetten bekommen. Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes wollten das auch nicht. Ich will keine Volkserziehung durch Ideologen. Ich will nicht, dass unsere Kinder am besten direkt vom Kreissaal in staatliche Obhut übernommen werden. Ich will nicht, dass unsere Kinder vornehmlich in staatlichen Verwahranstalten aufwachsen. Ich will nicht, dass Kleinkinder mit dem grenzdebilen *Gender-Unfug* verwirrt werden. Und vor allem will ich, dass die Eltern darüber entscheiden, wie ihre Kinder

aufwachsen und was sie lernen. Und deshalb finde ich das G9-Volksbegehren in NRW wichtig. Lasst die Leute selbst entscheiden. Freiheit! Das ist es, was die Demokratie erst möglich macht.

Zwei Anmerkungen noch:

Weitergehende Informationen über das Volksbegehren zu G9 und wie man helfen kann, finden Sie unter: <https://www.g9-jetzt-nrw.de/volksbegehren.html>

Und was ich davon halte, dass beide bürgerliche Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag das Volksbegehren nicht unterstützt, dazu schreibe ich etwas in der Analyse zum Wahlergebnis in zwei Wochen.

Die Partei, die Intriganten, das Paar und die Tragödie

Als Umfragen die Alternative für Deutschland um die Jahreswende herum bei fast 15 Prozent sahen, hätte niemand für möglich gehalten, dass der Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag nochmal ernsthaft in Gefahr kommen könnte. Derzeit sehen alle Demoskopien die Partei irgendwo zwischen sieben und acht Prozent. Das würde immer noch reichen, aber es sind ja auch noch ein paar Monate bis zur Bundestagswahl im September. Und wenn man sich anschaut, was derzeit so hinter den Kulissen läuft, müsste zumindest den AfD-Anhängern langsam mulmig werden.

Betrachten wir die aktuelle Situation vor dem AfD-Bundesparteitag in Köln:

Die neueste Intrige

In Goslar gab es jetzt auf Initiative des bekanntermaßen überehrgeizigen niedersächsischen AfD-Funktionärs Armin Paul Hampel, der auch im Bundesvorstand der Partei sitzt, ein Geheimgespräch, bei dem darüber beraten wurde, wie man die unliebsame Parteichefin Fraue Petry als Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl verhindern kann. Der Plan ist, Bundesvize Alexander Gauland und die baden-württembergische Frontfrau Alice Weidel als neues Spitzenteam durchzusetzen. Erstaunlich, denn Gauland hatte jüngst öffentlich erklärt, er strebe nicht mehr an, Spitzenkandidat zu werden, sondern überlasse Petry kampflos das Feld. Erstaunlich auch, dass beim Treffen in Goslar nach Informationen des Spiegel“ auch der thüringische Landeschef Björn Höcke dabei war, gegen den ja ein Parteiausschlussverfahren läuft, und der kürzlich aus dem AfD-Bundesvorstand mit Adolf Hitler in Bezug gebracht wurde.

Der Fall Höcke

Der AfD-Vorsitzende von Thüringen hat allein das Zeug, einen Wahlerfolg der AfD noch zu verhindern. So als wollte man mit dem Kopf durch die Wand, bejubeln seine Fans in der Partei jeden Auftritt, selbst

wenn er von Inhalt, Gestik und Mimik objektiv betrachtet als gruselig betrachtet werden kann. Selbst die schmerzfreien Parteifreunde in der AfD werden irgendwann begreifen müssen, dass Wahlen in diesem Land irgendwo in der bisweilen großen konturlosen und schwabbeligen Mitte gewonnen werden, nicht aber an den Rändern. Viele Bürgerliche, die ihre Hoffnung auf die neue Partei gesetzt haben, wenden sich mit Grausen ab, wenn da einer mit stahlblauem Blick und kantigem Kinn in den Abendhimmel auf dem Erfurter Domplatz brüllt.

Und – das Gerücht ist vielen schon seit langem bekannt – sollte sich beweisen lassen, was im AfD-Bundesvorstand jetzt schon als sicher gilt, dass nämlich Höcke unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ für NPD-nahe Blätter geschrieben hat, bleibt der Partei endgültig nichts anderes übrig, als sich sofort von diesem Mann zu trennen.

Der Autor und das Paar

Der Buchautor und langjährige Focus-Redakteur Michael Klonovsky fährt aktuell schweres Geschütz gegen die Partei-Chefin Frauke Petry und ihren frischvermählten Ehemann, den Landesvorsitzenden von NRW, Marcus Pretzell auf. In einem langen Beitrag auf seinem Blog schreibt Klonovsky: „Frau Petry mag vielleicht die talentierteste Politikerin der AfD sein, aber wem das Schicksal der Partei am Herzen liegt, der darf diese Frau nicht unterstützen.“

Der Journalist, der heute in Diensten der sächsischen AfD-Landtagsfraktion steht und nach eigenen Angaben auch in Diensten des EU-Parlamentariers Pretzell („ein Gauner“), verlangt noch 24.000 Euro Honorar von dem, die er einklagen will. Das muss man wissen zu diesem Thema, denn Klonovsky, ein begnadeter Schreiber und Buchautor, ist sauer. Seine Schmähschrift ist überschrieben mit „Bonnie und Clyde der AfD“. In der Tat treffe ich in jüngster Zeit immer wieder AfD-Funktionäre und -Abgeordnete, die der Meinung sind, das größte Problem der Partei sei nicht Björn Höcke, sondern die private Verbindung der beiden Politiker.

Frau Petry

Ganz ehrlich: Frauke Petry tut mir leid. Wir saßen mal vor zweieinhalb Jahren gemeinsam auf einem Podium in Hamburg beim Kongress Christlicher Führungskräfte über die Medienlandschaft in Deutschland. Bevor es losging, tranken wir eine Tasse Kaffee zusammen. Ich fand sie sympathisch. Und intelligent ist sie auch. Aber ich lese, wie viele in der Partei sie geradezu hassen, weil sie hart gegen Höcke vorgeht, weil sie manchen bei der Planung persönlicher Karrieren im Weg steht. Und weil sie Lucke maßgeblich mit gestürzt hat damals in Essen. Gut, das spielt heute in der AfD keine Rolle mehr, da ist man weitgehend froh, den Professor loszusein.

Aber es berührt mich, wie diese schwangere Frau im fortgeschrittenen Stadium von „Parteifreunden“ in Sachsen angegiffet wird, rücksichtslos. Wie ihr vor laufenden Kameras die Tränen kommen. Politik ist ein schmutziges Geschäft, das kam mir wieder in den Sinn, als ich die Bilder vom Parteitag sah. Und das stimmt. Nicht nur in der AfD, sondern überall in den Parteien.

Es ist eine wirkliche Tragödie, was sich derzeit um Frauke Petry herum abspielt. Und wikipedia schreibt über Tragödien: „Das Scheitern des Helden ist in der Tragödie unausweichlich.“ Oder auch das Scheitern

der Heldin...

Tricksereien wie eine Lex AfD würde das deutsche Parlament vollends zum Gespött machen

Wenn ein Teil der Bevölkerung ohnehin latent verunsichert ist, wenn von „Lügenpresse“, vom „System“ und vom „Merkel-Regime“ offen schwadroniert wird, dann kann die etablierte Politik nichts Dämlicheres machen, als allen Vorurteilen der Fundamentalkritikern neue Nahrung zu verschaffen. Dass es ausgerechnet der geschätzte Bundestagspräsident Norbert Lammert von der CDU ist, sonst ein redlicher Hüter demokratischer Gepflogenheiten, stimmt mich wirklich traurig.

Um was geht es? Im September wählen die Deutschen einen neuen Bundestag. Einige Wochen später tritt dann das neu gewählte deutsche Parlament zur ersten Sitzung zusammen. Dabei ist es eine gute Tradition, dass jeweils der älteste der Abgeordneten die erste Sitzung leitet und auch eine Ansprache hält. Als 1983 die Grünen erstmals ins Hohe Haus einzogen, hätte eigentlich der hessische Neuparlamentarier Werner Vogel Alterspräsident werden sollen. Das erwies sich allerdings als ein wenig schwierig, denn er engagierte sich offen für die Legalisierung von Sex zwischen Erwachsenen und Kindern. Pädophilie war in dieser guten alten Zeit bei vielen Grünen keineswegs ein Tabu, wie wir seit Daniel Cohn-Bendit und anderen wissen. Was aber bei den Grünen gar nicht ging und geht, war ein zweiter Makel. Werner Vogel hatte, sagen wir...eine Vergangenheit. Wie sich herausstellte, war Vogel ein glühender Nationalsozialist, war aktives Mitglied der SA und trat 1938 in die NSDAP ein. Nach Krieg und Gefangenschaft in Sibirien wurde er dann 1954 in Düsseldorf Beamter im Innenministerium. Wie das halt so war damals... Lange Rede, kurzer Sinn: Vogel trat sein Amt nicht an, ein anderer rückte bei den Grünen nach und die Rede im Bundestag hielt Alterspräsident Willy Brandt von der SPD.

Kindersex und Nazi - starker Tobak! Wie Sie wissen, bin ich ein großer Freund von Freiheit und Demokratie. Aber Pädophile und Nazis will ich in unseren Parlamenten auch nicht haben.

Doch jetzt droht neue Gefahr. Bundestagspräsident Norbert Lammert schlug dem Ältestenrat des Bundestages am Donnerstag vor, den Alterspräsidenten zukünftig nicht mehr nach Lebensjahren zu bestimmen, sondern nach parlamentarischen Dienstjahren. Dann würde es wohl Wolfgang Schäuble, auch von der CDU, und es wäre kein unbotmäßiges Verhalten zu erwarten. Würde aber die über Jahrzehnte geltende Regelung greifen, hieße der nächste Alterspräsident Wilhelm von Gottberg, 77 Jahre jung und Politiker der AfD. Sollte die Wahl für die konservative Partei schlecht ausgehen, käme der nächstälteste Abgeordnete dran. Und der wäre nach Lage der Dinge Alexander Gauland, ebenfalls von der AfD.

Ist Lammerts Vorstoß also eine Lex AfD? Es scheint so. Gauland lästerte schon, es erfülle ihn mit

Genugtuung «wenn ich an dieser Lammert-Posse erkennen kann, dass die AfD bereits jetzt schon die Altparteien vor sich hertreibt».

Der Deutsche Bundestag macht sich lächerlich, er wird zum Gespött all derjenigen, die „denen da oben“ sowieso nicht trauen. Denen, die dem politischen Establishment alles Miese, jeden Winkelzug, jede Trickserei zutrauen, um bloß einer unliebsamen Konkurrenz nicht die gleichen demokratischen Rechte zugestehen zu müssen, die alle anderen selbstverständlich in Anspruch nehmen. Der Grüne Werner Vogel, Pädophiler und Nazi, führte damals nicht dazu, dass die Regeln im Bundestag geändert wurden. Aber eine drohende Rede des AfD-Politikers Gauland, der jahrzehntelang Mitglied der gleichen Partei war, zu der auch Norbert Lammert gehört, der fordert entschiedenen Widerstand „des Systems“ heraus. Eine traurige Posse ist das alles...

Neue Geschichten aus Absurdistan: Vom gefährlichen Umfeld des „Club Med Hammamet“

Tunesien ist hierzulande als Urlaubsland durchaus beliebt. Ende der 90er Jahre verbrachten rund 120.000 Bundesbürger ihren Sommerurlaub dort, bräunten sich eingeölt am Strand, unternahmen Kameltouren mit Tropenhelm auf dem Kopf durch die Wüste und erfreuten sich abends bei Lamm-Couscous und landestypischen Weinen. Ich bin überzeugt, auch mancher Grünen-Politiker hat hier schon unter Palmen vor sich hingedöst und in Ruhe überlegt, was man zukünftig in Deutschland noch alles verbieten kann.

Tunesien gilt als Hoffungsland, also als ein Staat, wo der „Arabische Frühling“ tatsächlich funktioniert hat - das einzige überhaupt. Und glaubt man den Schilderungen in Tunesien-Foren, tragen Reisen in diesen Teil Nordafrikas auch zur Völkerverständigung bei. Auf der Website mit dem schönen Namen „Tunesien-Liebe“ heißt es:

„Millionen von Europäern besuchen Tunesien in jedem Jahr. Und mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen, denn Tunesien gilt nicht als ein typisches Urlaubsland für Männer, so wie etwa Thailand, sondern eher als ein Land, im dem Familien preisgünstig und nicht weit entfernt von Europa Urlaub machen können. Geht man jedoch mit offenen Augen durch die Touristenzonen, so sieht man dort nicht nur europäische Paare, sondern, und das gar nicht selten, Paare, die aus tunesischem Mann und europäischer Frau bestehen und ihrer Urlaubsliebe genießen.“

Ist das nicht schön? Die Welt wächst eben zusammen...

Wenn da nicht diese wirklich unschönen Szenen aus Kölner Silvesternächsten wären, bei denen Nordafrikaner, die manche „Nafris“ nennen, was sofort zum Skandal im bunten Deutschland wurde, eine

maßgebliche Rolle gespielt hätten. „Die im Januar 2014 verabschiedete neue Verfassung umfasste maßgebliche Garantien für die Einhaltung der Menschenrechte“, stellt die Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ fest, die aber einschränkt, dass er schon Einschränkungen bei der Meinungsfreiheit gäbe und zwei Menschen seien durch Polizeigewalt zu Tode gekommen – im Vergleich zu Libyen und den USA geradezu ein Paradies. Solche Fälle hat es auch schon in Deutschland gegeben.

Wieso durfte also ein islamistischer Gewalttäter wie Herr Amri vom (Berliner) Weihnachtsmarkt, der kurz vor Weihnachten ein dutzend Menschen umgebracht und mehrere dutzend Menschen teil schwer verletzt hat, hier überhaupt einreisen? Als bekannter Verbrecher, der auf Zwischenstation in Italien dort vier Jahre im Gefängnis saß und selbst da hinter Gittern gewalttätig wurde. Den deutsche Behörden überwachten, vor dem der tunesische Geheimdienst der BND mehrfach warnte? Deren Lebensunterhalt wir alle finanzierten – über gleich fünf verschiedene Identitäten, wie man heute weiß?

In Tunesien gibt es inzwischen Demonstrationen mit tausenden Teilnehmern, die von der deutschen Bundesregierung fordern, bloß keine ihrer Asylbewerber wieder in die Heimat zurückzuschicken. Man will diese Leute dort nicht mehr haben. Und doch hat der Bundesrat in dieser Woche beschlossen, die Maghreb-Staaten – Tunesen auch – nicht zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Die rot-grün regierten Bundesländern blockierten diese sinnvolle Maßnahme, weil die Grünen der Meinung sind, dass es irgendwie in der Nähe vom „Club Med Hammamet“ doch noch ein bisschen gefährlich sein könnte. Man fasst sich wirklich an den Kopf, wie hier eine durchideologisierte Kleinpartei den Interessen unseres eigenen Landes ohne jede Not Schaden zufügt. Aber Wahltag ist ja Zahltag...

Abwiegeln, verniedlichen, schönreden: Da sind Gutmenschen nicht anders als Populisten

Der Trend zur Natürlichkeit ist in Deutschland allerorten festzustellen. Auch bei den Waffen, die böse Menschen verstärkt auch im Alltag zur Anwendung bringen. Ich meine, Beil oder gelegentlich auch Machete – wann hat es das zuletzt gegeben in diesem Land? Und eine Spitzengrüne hat uns ja versprochen, dass Deutschland zukünftig bunter werde. Sie hat recht behalten.

„Der Axttäter stammt laut „spiegel-online“ aus dem ehemaligen Jugoslawien. Was ist denn das für ein Unsinn! Diesen Staat gibt es seit über 20 Jahren nicht mehr. Warum nennen wir Fatmir nicht gleich einen Mann aus der „ehemaligen KuK-Monarchie“ oder dem „ehemaligen osmanischen Reich“?, schreibt heute der Journalist Ferdinand Knauß auf Facebook und stimmt uns nachdenklich, denn diese Art von Schwurbelung erleben wir doch im Zusammenhang mit Terrorismus inzwischen regelmäßig. Warum bestehen dieselben Leute, die nicht wollen, das Medien berichten aus welcher Ethnie ein Täter kommt, triumphierend darauf, dass es ein „Deutscher“ war, der gemordet hat... wenn es mal ein Deutscher war?

Es ist schon interessant, wie die immer gleichen Mechanismen funktionieren. Abwiegeln und Beschwichtigen oder zum „Whataboutism“ übergehen. Für die, die den Begriff nicht kennen oder Amglizismen verabscheuen, kann man es auch Relativierung nennen.

Das wirklich Spannende dabei ist, dass sich die im Selbstbildnis guten Menschen kein bisschen anders verhalten als die von ihnen lauthals geschmähten „Rechtspopulisten“. Ist Ihnen das schon mal aufgefallen? Also: Wenn irgendwo jemand „Allahu Akbar“ schreit und auf Leute eindrischt, wenn in Medien Jugendliche aus dem muslimischen Kulturkreis, die übergriffig werden, als „junge Männer“ verniedlicht werden, dann ist Aufschrei auf der rechten Seite des Meinungsspektrums. Auch ohne überhaupt zu wissen, was passiert ist, was hinter einer Tat steckt, wird erstmal zur Auswahl gestellt: a) Merkel verhaften, b) „lingsgrün versifft“, c) Regime stürzen und d) AfD wählen.

Alle diejenigen, die das lautstark beklagen, verhalten sich aber kein Stück anders und reagieren quasi selbst auf Knopfdruck. Auch sie wissen nichts Konkretes, sind aber überzeugt, dass nichts mit nichts zu tun hat. Heute kann man das schön beobachten – vielleicht mal Stoff für eine Examensarbeit – wie beim Düsseldorfer Fall verniedlicht wird. Ein vermeintlicher „Südländer“ mit einer Axt? Auf keinen Fall ein Terrorist. Ein Amokläufer vielleicht, „psychisch gestört“, das kann sein. Als ob nicht jeder Terrorist, der sich in einer Menschenmenge in die Luft sprengt oder mit einem Beil Leute im Regionalzug attackiert, einen an der Klatsche hat.

Da sind sie unterwegs, all die Gutmenschen. Schon am frühen Morgen, um ihr in Trümmern zerberstendes Heile-Weltbild zu retten – durch „Whataboutism“. Der Amoklauf an einer Schule in Winnenden wird da bemüht, wo 2009 ein 17-Jähriger an einer Realschule 15 Menschen tötete. Ist zwar schon ein paar Jahre her, aber da kann der Gutmensch stolz sein: Wir haben auch deutsche Killer! So wie jede Kritik am Islam damit gekontert wird, dass es ja auch die Kreuzzüge gab. 1095 zum Beispiel... Und in den USA hat vor 25 Jahren mal ein religiöser christlicher Fanatiker einen Abtreibungsarzt erschossen. Klarer Fall, dass setzen wir mit den aktuell zigtausenden Opfern des islamistischen Terrors rund um den Erdball einfach mal gleich. Würzburg, Arnsbach, Berlin, Brüssel, Paris, London, Madrid, Bali, New York... alles das Gleiche. Es gab doch auch diesen einen Christen da in Florida...

Dieses Verniedlichen, dieses Wegschauen ist im Grunde eine Beleidigung für die Intelligenz eines ganz normalen Menschen. Weil es auch hier geborene Verbrecher wie den Kindermörder aus Herne gibt, heißt das nicht, dass wir – wie manche Politiker und Facebook-Freunde sagen – „damit leben müssen“, dass hier in Deutschland auch „Jugoslawen“, Afghanen und Syrer morden. Jedem, der wirklich verfolgt wird und Schutz in Deutschland sucht, reiche ich gern die Hand. Aber Grapscher und Mörder müssen hier raus! Darf man mich jetzt rechtspopulistisch nennen? Es ist mir egal...

Wollen wir Zustände wie früher? Oder setzen wir demokratisches Verhalten durch?

Als am 23. März 1933, einem Donnerstag, das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ im Reichstag beschlossen werden sollte, das die Welt als „Ermächtigungsgesetz“ kennt, mussten die Abgeordneten ein wahres Spießrutenlaufen über sich ergehen lassen, bis sie überhaupt ins Parlament gelangen konnten. SA- und SS-Leute bildeten Spalier, durch die sich die gewählten Vertreter des deutschen Volks drängeln mussten. Zeitzeugen erzählten, dass sie beleidigt wurden, einigen schlugen die Braunhemden die Hüte vom Kopf, sie wurden angerempelt, es herrschte eine aggressive, bedrohliche Atmosphäre vor dem Parlament.

Die Nationalsozialisten setzten schließlich durch, dass die Reichsverfassung von Weimar außer Kraft gesetzt wurde. Die deutsche Demokratie schaffte sich mit Mehrheit selbst ab. Und der SPD-Abgeordnete Otto Wels hielt eine Rede, die in der Geschichte der Menschheit hoffentlich nie vergessen wird und die in dem Satz gipfelte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht...“

Als ich jetzt Berichte über den Wahlkampfauftakt der AfD in Schleswig-Holstein am vergangenen Freitag las, kam mir spontan der Gedanke: Was ist im Grundsatz eigentlich heutzutage anders im politischen Kampf? Ja, eine Wahlkundgebung ist etwas anderes als eine Reichstagssitzung. Und klar, im Norden standen keine uniformierten und bewaffneten Nazis vor der Halle, sondern geifernde antifa-Aktivisten. Aber die Methode? Schon am Vortag musste ein massives Polizeiaufgebot in Lübeck dafür sorgen, dass die AfD überhaupt auftreten konnte. Wer zur Veranstaltung mit Parteichefin Frauke Petry wollte, musste sich durch ein Spalier hasserfüllter Demonstranten drängeln.

Die Tageszeitung „Die Welt“ [berichtete](#):

„Ob ältere Ehepaare, jüngere Männer, ältere Männer, einzelne Frauen, die sich aus Angst vor den Umstehenden lieber von einem Polizisten durch die Absperrungen begleiten ließen – sie alle wurden, ohne groß zu unterscheiden, als „Rassisten“, „Faschisten“ und „Nazis“ beschimpft, bepöbelt, ausgepiffen. Massive Anfeindungen, ein wahres Spießrutenlaufen, das selbst der bei Lübeck lebende, jedweder rechter Umtriebe unverdächtige Flüchtlingsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Stefan Schmidt, nur mit unwilligem Kopfschütteln quittierte.“

Tage vorher hatten die Gewerkschaften Ver.di und GEW in Lübeck versucht, die städtischen Räumlichkeiten sperren zu lassen. Die Grünen unterstützten das. Eine Wahlkampfveranstaltung der AfD im Kieler Schloss wurde unter Verweis „auf die nur schwierig zu schützende“ Lage der „Liegenschaft mit ihren vielen Zugängen“ abgesagt. Frauke Petry musste in den kleinen Ort Aukrug bei Neumünster ausweichen. Auch dort versuchten 400 „Demonstranten“ die Veranstaltung zu verhindern. Der NDR berichtete (von wegen „Lügenpresse“) über „linke Gruppierungen“. Ein Polizeisprecher wird zitiert: „Gegen eine Gruppe von 20 bis 30 Leuten sind Platzverweise ausgesprochen worden.“

Und auch das noch: In der Nacht zu Donnerstag wurde das Auto der Frau des rheinland-pfälzischen AfD-

Vorsitzenden Uwe Junge durch einen Brandanschlag komplett zerstört. „Nachbarn haben das brennende Auto am Donnerstag gegen 3.00 Uhr entdeckt und sofort Feuerwehr und Polizei alarmiert“, teilte die AfD mit. Nur so konnte verhindert werden, dass die Flammen auf das Wohnhaus von Junges Familie übergriffen. Es entstand ein Sachschaden von ca. 15.000 Euro.

Man muss nicht mit der AfD sympathisieren und man muss sie auch nicht wählen. Aber muss man die klammheimliche Freude linker Aktivisten aus dem antifa-Milieu über solche Gewalttaten in den sozialen Netzwerken hinnehmen? Muss man hinnehmen, dass eine Partei, die in zehn Landtagen und dem EU-Parlament vertreten ist, mit psychischer und physischer Gewalt am Reden gehindert wird? Natürlich darf man gegen Frau Petry und ihre Partei demonstrieren. Aber friedlich! Warum stellen sich Frau Merkel, Herr Schulz, Herr Özdemir und Herr Lindner nicht in dieser Frage schützend vor die AfD? Warum sagen Sie nicht: Wir lehnen Euch, eure Ideen und Politik von ganzem Herzen ab, aber wir verteidigen auch das Recht der AfD, in Deutschland zu sprechen, wo immer sie will?

Wollen wir eine Gesellschaft, in der tatenlos zugehört wird, wie man politische Gegner mit Methoden von früher mundtot machen will? Und keiner steht auf, weil die Undemokraten von Heute linke Extremisten sind und keine Uniformen sondern bunte Wollmützen tragen...

Von der Verzweiflung des bürgerlichen Wählers im Jahr 2017

Sie sind wieder gefordert, meine lieben Leserinnen und Leser! 2017 ist ein sogenanntes Superwahljahr: Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und das Saarland wählen neue Landtage, und dann im September geht es um die Macht in Deutschland, wenn ein neuer Bundestag gewählt wird. So richtig überraschende Ergebnisse erwarte ich persönlich nicht. Klar, interessant wird, ob sich die letzte Hoffnungsträgerin der CDU, Frau Kramp-Karrenbauer, einreicht in die Liste der Wahlschlappen der Christdemokraten, die ja in den Ländern mit Modernisierung und Urbanen-Milieu-Kampagnen zuletzt historische Ergebnisse einfahren konnte. Mancherorts sogar unter 20 Prozent. Und Schulz hat Leben in die müde SPD gebracht und eine kurze Selbstsuggestion dort ausgelöst. Aktuell - „Sonntagstrend“ - scheint das Strohfeuer schon wieder vorbei zu sein.

Der Unterschied zwischen unseren etablierten deutschen Parteien liegt weniger im Programmatischen. Alle wollen Wir-schaffen-das beim Thema Flüchtlinge, alle fürchten das Aussterben der Eisbären, während sich deren globale Population in den vergangenen Jahren vervierfacht hat, alle finden Familie irgendwie altmodisch und Unisex-Toiletten total cool. Sei's drum. Im Grunde ist Realpolitik hierzulande weniger programmatisch als vielmehr philosophisch zu betrachten. Ja, wirklich! Linke, Sozis und Grüne machen Politik, um diese Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu verändern. Liberale sind unbedingt für die Freiheit, trauen sich aber letztlich nicht an die großen Themen ran, etwa das dringend notwendige

Reformieren und Zurückstutzen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Wie eine liberale Partei bei staatlich organisiertem Frohsinn mit Milliarden Euros, aus den Haushalten der Bürger qua Zwangsgebühren rausgepresst, leben kann, werde ich nie verstehen. Und die Union? Sie hat zwei eigentliche Ziele: Irgendwie Regieren und das Schlimmste, was die Parteien, die sich noch für Politik interessieren, verändern wollen, verhindern.

Man wünscht sich als Bürgerlicher sehnsüchtig, dass mal einer von der Union oder der FDP vor die Kameras tritt und sagt: Die staatliche Förderung für den Gender-Quatsch in allen Bereichen dieser Gesellschaft muss ersatzlos gestrichen werden! Oder: Müttern sollte man zwei Jahre lang für ihren Dienst an Familie und Land ein Grundeinkommen zahlen! Oder wenigstens: Bürger aus dem Ferienzweck Tunesien sollten hier gar keine Asylanträge stellen dürfen. Und wenn sie bei uns einreisen und einen Asylantrag stellen wollen, weist man sie an der Grenze ab und setzt sie ins Flugzeug zurück. HUUUUUUHHH... Grenze? Das geht ja gar nicht. So wie Autobahn.

Was ist los mit den Politikern in diesem Land? Jetzt schreiben mir morgen und übermorgen sicher wieder Leser, die auf die AfD verweisen, die einzige Kraft zur Rettung des Abendlandes und so weiter. Und dann denke ich: das ist ja mal eine interessante Alternative. Und dann sehe ich Herrn Höcke im Fernsehen und Herr Poggenburg, der über das „Völkische“ an sich öffentlich nachdenkt. Und Herrn Gedeon, der immer noch Mitglied in dieser Partei ist. Die behauptet ja, Deutschland könne quasi über Nacht den Euro abschaffen und aus der EU austreten, aber – leider, leider – einen Antisemiten ausschließen, das sei gar nicht so einfach.

Zwei Mal werde ich in diesem Jahr wählen müssen. Glauben Sie mir: Ich bin verzweifelt!

Müssen wir von den Spitzen unseres Staates nicht mehr erwarten als belanglose Inszenierungen?

Norbert Lammert ist ein Liebling der deutschen Feuilletons, und das ist für einen Politiker, zumal einen der CDU, wirklich erstaunlich. Lammert stammt aus Bochum, aus dem Ruhrgebiet. Der Menschenschlag dort gilt zurecht als direkt, als geradeaus. Im Revier wird nicht herumgeschwurbelt, da ist klare Kante angesagt. Und für klare Kante ist dieser Norbert Lammert seit langem bekannt. Wie oft konnte er stehende Ovationen aller Fraktionen des Bundestages entgegennehmen, wenn er wieder einmal allen im Hohen Haus aus der Seele gesprochen hatte. Wenn er ARD und ZDF dafür geißelte, dass sie zwar per Gesetz von Zwangabgaben üppigst leben und zur informationellen Grundversorgung verpflichtet sind, aber nicht übertragen, wenn das Parlament zu seiner ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode zusammenkommt. Lammert, das ist einer, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Und wenn Sie mich noch gestern gefragt hätten, wen ich persönlich mir heute als neuen Bundespräsidenten wünsche, ich hätte ohne Zögern Lammert genannt.

Doch das war gestern.

Heute hat der amtierende Bundestagspräsident vor den Wahlmännern und Wahlfrauen der Bundesversammlung eine selten dämliche - weil so belanglos und Mainstream - Rede gehalten, die anregt, grundsätzlich über unser politisches Spitzenpersonal nachzudenken. Lammert ist die Nummer 2 im Staate, die Nummer 1 ist nun Frank-Walter Steinmeier. Was erwarten wir als Bürger von denen? Irgendwas Wichtiges entscheiden können sie nicht, Ihre Kraft ist die Kraft des Wortes. Einem Bundespräsidenten oder einem Bundestagspräsidenten hört man zu, denn man nimmt an, dass er etwas Wichtiges zu sagen hat, das vielen Menschen Orientierung bietet. Er kürzlich wurden wir alle nochmal an die großartige „Ruck“-Rede von Roman Herzog erinnert - ein Musterbeispiel für eine kluge Rede eines deutschen Staatsoberhauptes.

Doch woran arbeitete sich Lammert heute ab? Genau! An Donald Trump.... Den nannte er nicht namentlich, aber es war unmissverständlich. „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert und sich sprichwörtlich einmauert“, wer ein „Wir zuerst“ zum Programm erkläre, dürfe sich nicht wundern, wenn es im andere gleich täten. Tolle Idee, oder? Ist noch keiner drauf gekommen. Also fast keiner, also eigentlich irgendwie alle. Ich wünsche mir von einem der führenden Gestalten unseres Landes, dass er mal gegen den Strich bürstet, dass er mal etwas Überraschendes sagt, über das die Leute nachdenken können. Aber Trump-Bashing vor den höchsten Repräsentanten Deutschlands bei der Wahl unseres neuen Staatsoberhauptes, das ist so platt und banal, dass ich es kaum fassen kann.

Wieso, lieber Herr Lammert, ist eigentlich das Konzept Abschottung negativ zu bewerten und das Konzept Massenflutung etwas Positives? Wieso ist der Wunsch eines Regierungschefs, sein Land und seine Bürger durch Grenzen und Mauern sicherer zu machen, verwerflich? Und eine deutsche Regierungschefin, die unkontrolliert Menschen in unser Land durchwinkt, die hier schwerste Straftaten begehen so wie gestern im Münsterland der nigerianische [Asylbewerber](#), der eine 22-jährige Frau mit zahlreichen Messerstichen tötete, wird zur quasi Heiligen verklärt?

Wer definiert denn, was der richtige Weg ist? Und was hat Donald Trump bei der Wahl unseres neuen Bundespräsidenten zu suchen? Nachdem Norbert Lammert heute in den Chor derjenigen einstimmt, die den Überraschungssieger aus USA gefahrlos prügeln, erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen und spendeten stehenden Beifall. Auch die anwesende Bundeskanzlerin. Mir wurde übel bei dieser Inszenierung. Leider hatte ich keine Stoppuhr dabei, um prüfen zu können, ob auch lange genau geklatscht wurde...